

Greenpeace Check zur EU-Wahl:

Befragung der SpitzenkandidatInnen zu Glyphosat und Pestiziden

Mai 2019

Inhaltsverzeichnis

Befragung der SpitzenkandidatInnen zu Glyphosat und Pestiziden	1
Die Befragung im Detail	3
Frage 1	4
Unterstützen Sie ein EU-weites Totalverbot von Glyphosat?	4
Fazit Frage 1	5
Frage 2	6
Um ein Pflanzengift in der EU auf den Markt bringen zu können, werden vorab diverse Studien über die potentiellen Gefahren des Wirkstoffs geprüft. Derzeit werden auch Studien von Pflanzengift-Herstellern herangezogen. Sind Sie dafür, dass in Zukunft ausschließlich von unabhängigen Instituten und WissenschaftlerInnen durchgeführte Studien über eine Zulassung von Pflanzengiften entscheiden?	6
Fazit Frage 2	6
Frage 3	7
Unterstützen Sie die Forderung nach einem europäischen Pestizid-Reduktionsplan mit verbindlichen quantitativen Zielen?	7
Fazit Frage 3	7

Anlässlich der EU-Wahl 2019 hat die Umweltschutzorganisation Greenpeace den aussichtsreichsten **SpitzenkandidatInnen in Österreich drei Fragen zu Glyphosat und Pestiziden** gestellt. Befragt wurden Andreas Schieder (SPÖ), Othmar Karas (ÖVP), Harald Vilimsky (FPÖ), Werner Kogler (Grüne), Claudia Gamon (NEOS) und Johannes Voggenhuber (1 Europa/JETZT).

Das Pflanzengift Glyphosat ist ein **zentrales Thema im EU-Wahlkampf** in Österreich und wird von der österreichischen Politik stark diskutiert. Bereits 2017 hatte Bundeskanzler Sebastian Kurz medienwirksam einen Ausstieg aus Glyphosat angekündigt. Seither wurde das Thema von der Bundesregierung zwar verschleppt, aber eine lang angekündigte Machbarkeitsstudie für einen Glyphosat-Ausstieg soll nun vor dem Sommer endlich erscheinen.

Die Positionen der neu gewählten österreichischen EU-Parlamentarier werden mitentscheiden, ob die Europäische Union mit Ende 2022 zur Gänze glyphosatrafrei wird oder nicht. Denn die Debatte über eine eventuelle neuerliche Zulassung des Pflanzengifts nach 2022 fällt in die Legislaturperiode des nächsten EU-Parlaments.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Schieder (SPÖ), Vilimsky (FPÖ), Kogler (Grüne) und Voggenhuber (1 Europa/JETZT) sprechen sich alle in ihren Antworten für ein EU-weites Verbot von Glyphosat aus. Das tatsächliche Abstimmungsverhalten der FPÖ im europäischen und im österreichischen Parlament widerspricht der Antwort ihres Spitzenkandidaten jedoch in zwei von drei Fällen. Karas (ÖVP) und Gamon (NEOS) bekennen sich nicht zu einem EU-weiten Verbot von Glyphosat. Greenpeace fordert einen österreichischen Schulterabschluss gegen das Pflanzengift Glyphosat über alle Parteigrenzen hinweg.

Hintergrund zu Glyphosat

Bei Glyphosat handelt es sich um das am meisten eingesetzte Pflanzengift in Österreich und der EU. Es wird in der Land- und Forstwirtschaft, in privaten Gärten, aber auch im öffentlichen Raum zur Bekämpfung von Unkraut verwendet. Allerdings sterben alle damit besprühten Pflanzen ab. Neben der Biodiversität und Böden schädigt Glyphosat auch Gewässer - und damit Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten.

Glyphosat ist laut der Internationalen Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beim Menschen „wahrscheinlich krebserregend“. Trotz dieser Bedenken wurde Glyphosat EU-weit noch mal für fünf Jahre - von 2017 bis 2022 - zugelassen.

Die Befragung im Detail

Greenpeace hat den aussichtsreichsten SpitzenkandidatInnen zur EU-Wahl drei Fragen zu Glyphosat im Speziellen und zu Pestiziden im Allgemeinen gestellt und die Antworten bewertet. Zudem hat Greenpeace verglichen, ob die Antworten der SpitzenkandidatInnen mit dem konkreten Abstimmungsverhalten ihrer jeweiligen Fraktionen bei vergangenen themenrelevanten Abstimmungen übereinstimmen.

Befragt wurden

- **Othmar Karas (ÖVP)**
- **Andreas Schieder (SPÖ)**
- **Harald Vilimsky (FPÖ)**
- **Werner Kogler (Grüne)**
- **Claudia Gamon (NEOS)**
- **Johannes Voggenhuber (1 Europa/JETZT)**

Die Fragen wurden per E-Mail beantwortet. Die Antworten im Wortlaut sind im Annex am Ende des Dokuments enthalten.

Frage 1

Unterstützen Sie ein EU-weites Totalverbot von Glyphosat?

Frage 2

Um ein Pflanzengift in der EU auf den Markt bringen zu können, werden vorab diverse Studien über die potentiellen Gefahren des Wirkstoffs geprüft. Derzeit werden auch Studien von Pflanzengift-Herstellern herangezogen.

Sind Sie dafür, dass in Zukunft ausschließlich von unabhängigen Instituten und WissenschaftlerInnen durchgeführte Studien über eine Zulassung von Pflanzengiften entscheiden?

Frage 3

Unterstützen Sie die Forderung nach einem europäischen Pestizid-Reduktionsplan mit verbindlichen quantitativen Zielen?

Frage 1

Unterstützen Sie ein EU-weites Totalverbot von Glyphosat?

Die Antworten der SpitzenkandidatInnen:

Schieder (SPÖ), Vilimsky (FPÖ), Kogler (Grüne) und Voggenhuber (1 Europa/JETZT) sprechen sich alle vier in ihren Antworten für ein EU-weites Verbot von Glyphosat aus.

Nur Karas (ÖVP) und Gamon (Neos) bekennen sich nicht zu einem EU-weiten Verbot von Glyphosat.

Stimmen die Antworten mit dem Abstimmverhalten der jeweiligen Fraktion/Partei überein?

Zu diesem Thema gab es in den letzten zwei Jahren drei relevante parlamentarische Abstimmungen: Eine im europäischen und zwei im österreichischen Parlament.

1)

Am 3. Oktober 2017 legte der EU-Unterausschuss des österreichischen Nationalrats die Position Österreichs bei der damals kurz bevorstehenden Abstimmung über eine Neuzulassung von Glyphosat fest. Dabei wurde mit den Stimmen von Grünen, SPÖ und FPÖ die Österreichische Position auf ein „Nein“ zu Glyphosat festgelegt. ÖVP und Neos waren für eine Glyphosat-Neuzulassung.

Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen zeigt hier also das gleiche Bild wie die Antworten der SpitzenkandidatInnen.

1 Europa/JETZT war damals noch nicht im Nationalrat vertreten.

2)

Am 24. Oktober 2017 stimmte das Europäische Parlament über eine Empfehlung an die Kommission und die EU-Mitgliedsstaaten ab. Wichtigster Inhalt: Der Einsatz von Glyphosat solle reduziert werden und ab 2022 schließlich gar nicht mehr erlaubt sein. Ein Antrag über ein früheres Ende von Glyphosat war bereits gescheitert. Zu diesem Zeitpunkt gab es nur mehr diesen Kompromiss-Vorschlag. Wäre dieser gescheitert, wäre die Tür für eine noch längere Glyphosat-Zulassung (10 Jahre) weiter aufgegangen. Greenpeace hat diesen Kompromiss im Europäischen Parlament daher befürwortet.

Die Europa-Abgeordneten der SPÖ und der Grünen stimmten für den Kompromiss. Der Kompromiss wurde auch von der europäischen Volkspartei unterstützt – trotzdem enthielten sich die ÖVP Abgeordneten geschlossen. Denn ein Aus von Glyphosat in wenigen Jahren wollten die ÖVP-Abgeordneten im EU-Parlament nicht unterstützen. NEOS und die FPÖ stimmten dagegen.

Damit entspricht bei dieser Abstimmung das Abstimmungsverhalten von SPÖ und Grünen (für ein Ende von Glyphosat) sowie von ÖVP und NEOS (gegen ein Ende von Glyphosat) den jeweiligen Antworten der SpitzenkandidatInnen. Das Abstimmungsverhalten der FPÖ (inklusive Vilimsky) entspricht hier nicht der Antwort des Spitzenkandidaten Vilimsky.

1 Europa/JETZT ist nicht im EU-Parlament vertreten.

Greenpeace in Zentral und Osteuropa

1100 Wien, Fernkorngasse 10
Tel: (+43 1) 545 45 80, Fax: (+43 1) 545 45 88

3)

Am 28. März 2019 stimmte der österreichische Nationalrat über einen Entschließungsantrag der SPÖ ab. Dieser besagt: „Der Nationalrat wolle beschließen: Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, wird aufgefordert, sich umgehend für ein europaweites Verbot des krebserregenden Wirkstoffes Glyphosat einzusetzen.“

Beantragt wird also, dass sich die Bundesregierung für ein EU-weites Verbot von Glyphosat einsetzt. Damit deckt der Antrag die gestellte Frage ab.

Der Antrag erhielt nur die Stimmen von SPÖ und JETZT und wurde daher nicht angenommen. ÖVP, FPÖ und NEOS stimmten dagegen.

Damit deckt sich das Abstimmungsverhalten von SPÖ und JETZT (für ein Ende von Glyphosat) sowie von ÖVP und NEOS (gegen ein Ende von Glyphosat) den jeweiligen Antworten der SpitzenkandidatInnen. Das Abstimmungsverhalten der FPÖ entspricht hier wieder nicht der Antwort des Spitzenkandidaten Vilimsky. Obwohl FPÖ-Generalsekretär und EU-Spitzenkandidat Vilimsky geantwortet hat, er sei für ein EU-weites Verbot von Glyphosat, stimmte seine Partei im Nationalrat dagegen.

Die Grünen sind nicht im Nationalrat vertreten.

Fazit Frage 1

TOP: Schieder (SPÖ), Kogler (Grüne) und Voggenhuber (1 Europa) sprechen sich alle drei für ein EU-weites Verbot von Glyphosat aus. Ihre jeweiligen Fraktionen haben in den letzten beiden Jahren auch konsequent für ein EU-weites Glyphosat-Verbot gestimmt.

MAU: Vilimsky (FPÖ) spricht sich für ein EU-weites Verbot von Glyphosat aus. Bei den untersuchten Abstimmungen hat seine Fraktion jedoch nur in einem von drei Fällen für ein EU-weites Verbot von Glyphosat gestimmt. Oder anders gesagt: Bei zwei der drei Abstimmungen entspricht das Abstimmungsverhalten der FPÖ nicht der Positionierung ihres Spitzenkandidaten.

FLOP: Karas (ÖVP) und Gamon (NEOS) sprechen sich nicht für ein EU-weites Verbot von Glyphosat aus. Auch bei den untersuchten Abstimmungen haben ihre Fraktionen konsequent gegen ein EU-weites Verbot von Glyphosat gestimmt.

Frage 2

Um ein Pflanzengift in der EU auf den Markt bringen zu können, werden vorab diverse Studien über die potentiellen Gefahren des Wirkstoffs geprüft. Derzeit werden auch Studien von Pflanzengift-Herstellern herangezogen. Sind Sie dafür, dass in Zukunft ausschließlich von unabhängigen Instituten und WissenschaftlerInnen durchgeführte Studien über eine Zulassung von Pflanzengiften entscheiden?

Die Antworten der SpitzenkandidatInnen:

Schieder (SPÖ), Vilimsky (FPÖ), Kogler (Grüne), Gamon (Neos) und Voggenhuber (1 Europa) sprechen sich alle für ein transparenteres Zulassungssystem für Pestizide aus. Karas (ÖVP) hat diese Frage nicht beantwortet.

Stimmen die Antworten mit dem Abstimmverhalten der jeweiligen Fraktion/Partei überein?

Zu diesem Thema gab es im EU-Parlament am 17.4.2019 eine Abstimmung. Dabei wurden deutlich bessere Transparenz-Standards für die Zulassung von Pestiziden beschlossen. Alle österreichischen Fraktionen stimmten für diesen Vorschlag – außer der FPÖ, die sich (inklusive Vilimsky) geschlossen enthielt. Die FPÖ ist damit die einzige österreichische Fraktion, die diesen konkreten Vorschlag für ein besseres, transparenteres Zulassungssystem ohne geheime Industriestudien nicht unterstützt hat.

Damit deckt sich das Abstimmungsverhalten von SPÖ, Grünen und NEOS mit den jeweiligen Antworten der SpitzenkandidatInnen für mehr Transparenz bei der Zulassung von Pestiziden. Das Abstimmungsverhalten der FPÖ (inklusive Vilimsky) widerspricht der Antwort des Spitzenkandidaten Vilimsky.

Karas (ÖVP) hat die Frage nicht beantwortet. 1 Europa/JETZT ist im EU-Parlament nicht vertreten. Ein Gegencheck ist für diese beiden Parteien daher nicht möglich.

Fazit Frage 2

TOP: Schieder (SPÖ), Kogler (Grüne), Gamon (NEOS) und Voggenhuber (1 Europa/JETZT) sprechen sich alle für mehr Transparenz im EU-Zulassungsverfahren für Pestizide aus. Die Europa-Abgeordneten von SPÖ, Grüne und NEOS haben bei der relevanten Abstimmung im April 2019 auch tatsächlich für mehr Transparenz gestimmt. 1 Europa/JETZT ist im EU-Parlament nicht vertreten und hatte daher für oder gegen mehr Transparenz mitgestimmt.

MAU: Vilimsky (FPÖ) spricht sich in seiner Frage-Beantwortung für mehr Transparenz aus. Gleichzeitig haben er und seine Fraktion bei der relevanten Abstimmung allerdings nicht für mehr Transparenz gestimmt – ein klarer inhaltlicher Widerspruch. Karas (ÖVP) hat die Frage nicht beantwortet, er und seine Fraktion haben jedoch bei der relevanten Abstimmung für mehr Transparenz gestimmt.

FLOP: -

Greenpeace in Zentral und Osteuropa

1100 Wien, Fernkorngasse 10
Tel: (+43 1) 545 45 80, Fax: (+43 1) 545 45 88

Frage 3

Unterstützen Sie die Forderung nach einem europäischen Pestizid-Reduktionsplan mit verbindlichen quantitativen Zielen?

Die Antworten der SpitzenkandidInnen:

Schieder (SPÖ), Vilimsky (FPÖ), Kogler (Grüne), Gamon (Neos) und Voggenhuber (1 Europa/JETZT) unterstützen die Greenpeace-Forderung nach einem EU-weiten Pestizidreduktionsplan mit verbindlichen quantitativen Zielen.

Karas (ÖVP) hat diese Frage nicht beantwortet.

Stimmen die Antworten mit dem Abstimmverhalten der jeweiligen Fraktion/Partei überein?

Uns ist keine konkrete Abstimmung zu diesem Thema bekannt, anhand der ein Gegencheck durchgeführt werden könnte.

Fazit Frage 3

TOP: Schieder (SPÖ), Vilimsky (FPÖ), Kogler (Grüne), Gamon (NEOS) und Voggenhuber (1 Europa/JETZT) sprechen sich alle für einen europäischen Pestizid-Reduktionsplan mit verbindlichen quantitativen Zielen aus.

MAU: -

FLOP: Karas (ÖVP) hat die Frage nicht beantwortet. Wir gehen daher nicht davon aus, dass er diese Forderung unterstützt.

Annex: Die Antworten der SpitzenkandidatInnen im Wortlaut

Hier die Antworten im Wortlaut.

1. Unterstützen Sie ein EU-weites Totalverbot von Glyphosat?

SPITZENKANDIDAT/ N	ANTWORT
Othmar Karas, ÖVP	<p>Wir nehmen die Bedenken der Menschen im Land sehr ernst. Das umstrittene Pestizid „Glyphosat“ ist seit 2002 in der EU genehmigt und wird regelmäßig überprüft und kontrolliert. In Österreich erfolgt die Bewertung durch die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES).</p> <p>Wir sind dafür, dass bei geringstem Zweifel an schädlichen Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt ein Ausstieg zu entwickeln ist. Die Umwelt ist ein hohes zu schützendes Gut, unser aller Gesundheit ebenso. Wir müssen gerade auch in dieser Frage nachhaltig denken und Langzeitfolgen mitberücksichtigen.</p> <p>Auf Initiative der Volkspartei wird von der Österreichischen Universität für Bodenkultur Wien (BOKU) in Zusammenarbeit mit der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) gerade eine Machbarkeitsstudie und ein Aktionsplan zum gänzlichen Ausstieg aus Glyphosat in Österreich erarbeitet.</p> <p>Dabei müssen die rechtlichen Voraussetzungen für ein generelles nationales Verbot des Pestizids ebenso geklärt werden wie die Verfügbarkeit von Alternativen und deren ökologische Auswirkungen. Weitere Schwerpunkte des Masterplans sollen die Bewertung der Risiken für die Gesundheit durch Lebensmittel-Importe generell sein, Festlegung von Grenzwerten oder auch Null-Toleranz bei importierten Produkten, die nicht unseren Standards entsprechen. Ziel ist es, erste Ergebnisse der Machbarkeitsstudie noch im ersten Halbjahr 2019 präsentieren zu können.</p>
Andreas Schieder, SPÖ	<p>Ja, ich bin für ein Verbot von Glyphosat und anderen Pflanzenschutzmitteln, deren negative Auswirkungen auf die Gesundheit nicht ausgeschlossen werden können. Am 28.03.2019 habe ich auch einen entsprechenden Antrag im Nationalrat eingebracht, der die Regierung auffordert, sich umgehend für ein europaweites Glyphosatverbot einzusetzen.</p>

Harald Vilimski, FPÖ	Die FPÖ hat sich im EU-Parlament für ein sofortiges Totalverbot von Glyphosat ausgesprochen.
Werner Kogler, Grüne	Ja selbstverständlich unterstützen wir dieses Verbot – es muss so rasch wie möglich kommen. Unter anderem auf Druck von uns Grünen wurde der damalige österreichische Landwirtschaftsminister Rupprechter dazu verpflichtet, auf EU-Ebene gegen die Verlängerung der Zulassung zu stimmen. Wir gehen davon aus, dass es angesichts des anhaltenden Widerstands der Zivilgesellschaft, von NGOs und von uns Grünen in drei Jahren nicht mehr möglich sein wird, die Zulassung auf EU-Ebene zu verlängern. Wir werden auch jetzt nicht ruhen, bis die Ministerin zumindest für Österreich einen baldestmöglichen umfassenden Ausstieg aus Glyphosat-haltigen „Pflanzenschutzmitteln“ veranlasst.

Vorweg: Wir NEOS wollen einen systemischen Wandel in der Landwirtschaft mit einer systematischen Reduktion des chemischen Pflanzenschutz. Das heißt wir wollen die Menge an eingesetztem Glyphosat und allen anderen chemischen Pflanzenschutzmitteln drastisch reduzieren. Es ist vollkommen klar, dass die unnötig hohe Anwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln negativen Einfluss auf die Umwelt hat. **Deshalb sind wir auch für ein Verbot für den privaten, fachkundigen Nutzer.**

Ein sofortiges, allgemeines Verbot auch in der Landwirtschaft ist momentan nicht notwendig. Der wissenschaftliche Konsensus sagt momentan klar, dass Glyphosat, wenn es fachgerecht angewendet wird für Anwender und vor allem nicht für Verbraucher gefährlich ist. Jene Studien, welche zum Schluss gekommen sind, dass es "wahrscheinlich" krebserregend ist, auf die sich Verbotsbefürworter beziehen, haben extrem hohe Dosen auf Nagetieren getestet ohne jede Relation zur tatsächlichen Anwendung. Sämtliche Studien, die das berücksichtigen, stufen es als harmlos ein. Deshalb sagt die Internationale Krebsforschungsagentur IARC, eine Unterbehörde der WHO, dass es "wahrscheinlich" (also prinzipiell) krebserregend ist, während die AGES, das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) ebenso wie die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zum klaren Ergebnis kommt, dass von Glyphosat keine Krebsgefahr ausgeht. Sollte sich dieser Konsensus grundlegend ändern, sind wir bereit über Verbote nachzudenken.

Ohne systemischen Wandel in der Landwirtschaft wird außerdem schlicht und einfach Mittel A durch mittel B ersetzt, ohne Nutzen für Konsument_innen oder Umwelt.

Allerdings ist es klar, dass es bei allen Zulassungsverfahren für chemische Pflanzenschutzmittel absolute Transparenz und wissenschaftliche Nachvollziehbarkeit geben muss, wo es sowohl auf nationaler und auch Europäischer Ebene bisher Mängel gegeben hat.

Claudia Gamon, Neos

<p>Johannes Voggenhuber, 1 Europa/JETZT</p>	<p>Selbstverständlich, 1. Urteil in USA zu Monsanto liegt bereits vor, m.E. sollte es bereits jetzt verboten sein; leider haben wieder die Lobbyisten obsiegt. Einerseits aus Umwelt- und Gesundheitsgründen und andererseits weil die Vorgangsweise sowohl des Herstellers als auch der zuständigen EU- Behörden sich nicht wiederholen dürfen.</p>
---	--

2. Um ein Pflanzengift in der EU auf den Markt bringen zu können, werden vorab diverse Studien über die potentiellen Gefahren des Wirkstoffs geprüft. Derzeit werden auch Studien von Pflanzengift-Herstellern herangezogen. Sind Sie dafür, dass in Zukunft ausschließlich von unabhängigen Instituten und WissenschaftlerInnen durchgeführte Studien über eine Zulassung von Pflanzengiften entscheiden?

SPITZENKANDIDAT/IN	ANTWORT
Othmar Karas, ÖVP	Nicht beantwortet
Andreas Schieder, SPÖ	Ja, ich denke, es ist absolut notwendig, dass Zulassungen in Zukunft nur noch auf Grundlage unabhängiger und transparenter Studien erfolgen.
Harald Vilimski, FPÖ	Die von der Kommission verwendeten Studien zur Zulassungsverlängerung von Glyphosat um fünf Jahre sind zweifelhaft. Die Entscheidungsträger müssen im Zulassungsverfahren umfangreichen und uneingeschränkten Zugang zu unabhängigen und wissenschaftlichen Studien haben. Dafür haben wir uns im Bericht zu Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln eingesetzt.

Werner Kogler, Grüne	<p>Unser EU-Mandatar Thomas Waitz hat im PEST-Ausschuss dafür gekämpft, dass die Transparenz und demokratische Kontrolle der Zulassungsverfahren erhöht wird, und dass es alternative Finanzierungsmodelle für die Ausarbeitung von Studien durch unabhängige WissenschaftlerInnen geben soll. Wir fordern ebenso, dass die zuständigen Behörden ausreichend Mittel bekommen, um unabhängig von Industriestudien selbst beurteilen und prüfen zu können. Auch die EU-Kommission selbst soll Studien beauftragen dürfen, um die Studien der Industrie überprüfen zu lassen. Die Industrie soll unserer Meinung nach aber Studien durchführen dürfen - schließlich sind Studien teuer und es ist im Interesse der Industrie, die Wirkstoffe zu überprüfen, deshalb soll sie auch die nötigen Mittel für die Studien selbst tragen und nicht den SteuerzahlerInnen aufbürden. Es muss aber sichergestellt werden, dass die Studien inklusive der Rohdaten öffentlich zugänglich sind (und zwar noch vor!! der Bewertung der zuständigen Behörde) und dass die Entscheidungsfindung der Zulassungsbehörden transparent und unabhängig erfolgt. Zudem ist es unter anderem durch die Arbeit der Grünen gelungen, dass das EU-Parlament in seinem Bericht zum PEST-Ausschuss fordert, dass die Industrie Studien zu Pestiziden nicht einfach verschwinden lassen kann, wenn ihr die Ergebnisse nicht passen und dass Biodiversität zum Kriterium in der Zulassung wird. Weiters soll nun auch der Wechselwirkung zwischen den einzelnen Stoffen in den Pestiziden nachgegangen werden.</p>
Claudia Gamon, Neos	<p>Es ist für uns prinzipiell vorstellbar, dass chemische Pflanzenschutzmittel nur mehr mittels strengerer, transparenterer Verfahren und Heranziehen unabhängigen von Instituten und Wissenschaftler_innen zugelassen werden.</p>
Johannes Voggenhuber, Initiative 1 Europa/JETZT	<p>Prinzipiell ist der Ansatz von externen Expertisen in unseren Augen ein Muss. Auch der Zulassungswerber sollte seine Studie(n) vorlegen dürfen. Aus Erfahrungen tauchen aus dem Zusammenspiel der unterschiedlichen Studien erst die wahren Elemente auf. Auch sollte gesichert sein dass die externen Gutachter*innen keinen Konnex zum/zur Zulassungswerber*in haben und ein allfälliges „Peer-reviewing“ nicht im „geschlossenen“ Kreis läuft ...</p>

Greenpeace in Zentral und Osteuropa

1100 Wien, Fernkorngasse 10
 Tel: (+43 1) 545 45 80, Fax: (+43 1) 545 45 88

3. Unterstützen Sie die Forderung nach einem europäischen Pestizid-Reduktionsplan mit verbindlichen quantitativen Zielen?

SPITZENKANDIDAT/ N	ANTWORT
Othmar Karas, ÖVP	Nicht beantwortet
Andreas Schieder, SPÖ	Ja, wir haben das als SPÖ im Nationalrat für Österreich gefordert und ich werde so einen Plan auch für die gesamte EU unterstützen.
Harald Vilimski, FPÖ	Ein Pestizid-Reduktionsplan muss bedingungslos an ein Importverbot von pestizidbehandelten Agrarprodukt-Importen aus Drittstaaten gekoppelt sein, um einen lückenlosen Konsumentenschutz garantieren zu können.
Werner Kogler, Grüne	Ja - selbstverständlich – dieser Reduktionsplan hätte schon längst erstellt werden müssen. Zudem darf es in Zukunft nicht mehr möglich sein, dass Mitgliedsstaaten die EU-weiten Verbote von Wirkstoffen durch sogenannte Notfallszulassungen unterlaufen, ohne dass wirklich ein Notfall vorliegt, wie es Ministerin Köstinger im Fall der für Bienen gefährlichen Neonicotinoide heuer getan hat.
Claudia Gamon, Neos	Ja, wir NEOS setzen uns klar für eine verbindliche Reduktion chemischer Pflanzenschutzmittel ein, da es ausreichend wissenschaftliche Belege gibt, dass in Europa zu viel davon benutzt wird. Schlüssel wird es hier sein die Prinzipien des integrierten Pflanzenschutzes und der Sensibilisierung und Ausbildung von Landwirt_innen eine nachhaltigere Landwirtschaft zu ermöglichen.
Johannes Voggenhuber, Initiative 1 Europa/JETZT	Ein europäische Pestizid-Reduktionsplan mit verbindlichen quantitativen Zielen wäre zu begrüßen und ist dringend notwendig. Reduktionsspiele nicht nur auch aufgrund des technischen Fortschrittes und der „besseren“ Produkte. Ferner müsste man - ähnlich wie bei Medikamenten- die möglichen ökologisch verträglichen Alternativen berücksichtigen. Auch sind hier andere Umweltkomponenten (Artenschutz, Wasserschutz, Folgen für den Menschen) umso mehr die Abläufe und Auswirkungen zu beobachten und zu evaluieren sind. Berichtslegung an das EU Parlament.